

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Politikrad hat wieder volle Fahrt aufgenommen. Zwei Wochen Ausschusssitzungen und eine Plenarwoche liegen hinter uns.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am Mittwoch ihre Rede zur Lage der Europäischen Union gehalten und Ideen skizziert, wie die EU sicher durch die zahlreichen schweren Krisen steuern kann.



Als Leichtmatrose erscheint gerade Bundesminister Robert Habeck mit seiner Entscheidung zwei deutsche Kernkraftwerke vorübergehend nur als "Einsatzreserve" bereitzuhalten.

In der aktuellen Energiekrise müssten diese weiterlaufen. Es droht der Blackout. Habecks Ansage zeigt, dass den Grünen weiterhin ihre Ideologie wichtiger ist als das Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Selbst der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat die dringende Empfehlung geben, die AKWs weiterlaufen zu lassen.

Um die Haushalte und die Wirtschaftsbetriebe nachhaltig zu entlasten und die Energieversorgung für den Winter abzusichern, brauchen wir zusätzliche Kilowattstunden aus den Kraftwerken und nicht warme Worte aus dem Wirtschaftsministerium. Unsere europäischen Nachbarn schütteln angesichts dieses Irrsinns nur noch den Kopf.

Auch für die Landwirtschaft und insbesondere die Forstwirtschaft standen einige wichtige Themen und Entscheidungen auf dem Programm. Lesen Sie alles dazu in meiner neuen Newsletter-Ausgabe.

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### Die neue EU-Waldstrategie 2030

Das EU-Parlament hat in seiner gestrigen Sitzung über die neue EU-Waldstrategie 2030 und eine nachhaltige Bewirtschaftung in Europa diskutiert.

Meine Plenarrede sowie meine Pressemeldung zum Thema finden Sie hier:

- [Plenarrede](#)
- [Pressemeldung](#)

### Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED III): Holz bleibt Erneuerbare Energie

Nicht erst seit dem russischen Angriff auf die Ukraine will Europa mehr Energie aus erneuerbaren Quellen gewinnen. Erneuerbare Energien sind ein Schlüssel zu mehr energiepolitischer Unabhängigkeit und für die von der EU bis 2050 angestrebte Klimaneutralität. In dieser Woche hat das Europaparlament über die Neufassung der EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie abgestimmt, den gesetzlichen Rahmen für den Ausbau der Erneuerbaren in der EU. Auf Initiative von CDU und CSU soll der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 auf ambitionierte 45 Prozent steigen, mehr als die EU-Kommission ursprünglich vorgeschlagen hatte.

Das Europaparlament hat sich auch für viele weitere ambitionierte Lösungen entschieden, die innovativer als der ursprüngliche Kommissionsvorschlag sind. Um den EU-Energiebinnenmarkt zu stärken soll der grenzüberschreitende Ausbau von Grünstromprojekten verdoppelt werden. Innovationsquoten sollen dafür sorgen, dass besonders innovativen Technologien zum Durchbruch verholfen werden. Zudem wurden die Kriterien für die Produktion von grünem Wasserstoff deutlich vereinfacht, was dieser jungen Industrie bei ihrer Entwicklung einen Schub geben wird.

CDU und CSU konnten auch erreichen, dass **Holz** weiterhin als erneuerbare Energie anrechenbar ist und somit die forstliche Nutzung der Biomasse bleiben soll. Insbesondere Grüne und Linke hatten mit teils unwahren Behauptungen dagegen mobil gemacht. Niemand will die Wälder verfeuern, aber dass holzbasierte Biomasse zur Wärmeengewinnung nutzbar ist und als nachwachsender Rohstoff als erneuerbar eingestuft wird, bleibt sinnvoll. Das Europäische Parlament hat für einen modernen Ansatz gestimmt, der maßgeblich von CDU und CSU geprägt wurde. Konkret wird es jetzt in den Verhandlungen mit dem Rat und der tschechischen Ratspräsidentschaft.

**Markus Pieper** (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter des Europaparlaments für die Überarbeitungen der Erneuerbare-Energien-Richtlinien (RED III und RED IV) erklärt dazu:

"Europa muss mehr Energie aus erneuerbaren Quellen gewinnen. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den enormen Handlungsdruck noch einmal verschärft. Erneuerbare Energien sind unser Schlüssel zu mehr energiepolitischer Unabhängigkeit und entscheidend auf dem Weg zur bis 2050 angestrebten Klimaneutralität. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie ist unser europäisches Werkzeug dafür. Bis 2030 wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien auf 45 Prozent steigern - vor dem Krieg hatte die EU-Kommission lediglich 40 Prozent vorgeschlagen. Nach Kriegsbeginn ist die EU-Kommission dann schnell unserer CDU/CSU-Forderung gefolgt, die Ambition zu erhöhen.

Das Europaparlament hat sich heute für viele pragmatische Lösungen entschieden, die weit ambitionierter und innovativer als der ursprüngliche Kommissionsvorschlag sind. Der grenzüberschreitende Ausbau von Grünstromprojekten soll auf zwei Projekte pro Mitgliedstaat verdoppelt werden, die größten Energieverbraucher müssen bis 2030 sogar auf 3 Projekte kommen. Wir führen Innovationsquoten ein, damit 5% der neu installierten Kapazitäten aus innovativen Technologien bestehen, womit wir diesen schneller zum Durchbruch verhelfen.

Wir schaffen auch ein einfacheres System für Herkunftsnachweise mit einer digitalen und zeitgleichen Erfassung der Grünstromanteile und machen diese fit für den indirekten Bezug von grünem Wasserstoff. Gleichzeitig haben wir die Kriterien für die Produktion von grünem Wasserstoff mit einem knappen Abstimmungsergebnis deutlich vereinfacht und greifen damit dem delegierten Rechtsakt der Kommission vor. Zudem gibt es ambitionierte Sektorziele für die Industrie (50% grüner Wasserstoff verpflichtend bis 2030), die je nach Entwicklung flexible angepasst werden können, sowie für Gebäude (49% erneuerbare Energien, indikativ). Dazu soll die Einführung einer Wasserstoff-Importstrategie gesetzlich festgeschrieben werden und alle Anlagen in die Produktion von grünem Wasserstoff eingezogen werden, inkl. Bestandsanlagen. Auch im Verkehrssektor erhöhen wir die Ambitionen durch eine deutliche Anhebung der Quote für synthetische Kraftstoffe auf 5,7%.

Klar ist: wir müssen alle erneuerbaren Energien nutzen, Sonne, Wind, Wasser und ebenso auch Biomasse. Gerade hier brauchen wir die nötige Flexibilität, damit in ganz Europa die regional sinnvollste Biomasse genutzt wird, die den unterschiedlichen Bedingungen von Portugal bis Finnland gerecht wird. Klar ist: Holzbasierte Biomasse ist ein Baustein der Energiewende und bleibt gegen das Votum links-grüner Abgeordneter anrechnungsfähig als erneuerbare Energie. Die neue Richtlinie wird den dafür nötigen Rahmen setzen, um den größtmöglichen CO<sub>2</sub>-Reduzierungseffekt zu erreichen und eben nicht dafür zu sorgen, dass künftig unsere Wälder verfeuert werden. Ich setze darauf, dass sich die Mitgliedstaaten unseren Vorschlägen im weiteren Verfahren ("Trilog") anschließen werden. Mit der heutigen Positionierung hat das Europäische Parlament für ein modernes Gesetz gestimmt, das maßgeblich von CDU und CSU geprägt wurde."

**Meine Pressemeldung mit dem Fokus auf Holzenergie lesen Sie [hier](#).**

## **Pflanzenschutz ist Verbraucherschutz!**

Egal ob konventionelle oder biologische Landwirtschaft, damit die Pflanzen gesund und frei von Schädlingen bleiben, brauchen sie Pflanzenschutzmittel. Das sichert die Erträge, was wiederum für unsere Ernährungssicherheit grundlegend ist! Und genau dieser so essentielle Aspekt wurde in der Sitzung vom 31. August im europäischen Agrarausschuss von der EU-Kommission komplett ignoriert. Die Ausführung der Kommission machten sprach- und fassungslös. Sie zieht die komplett falschen Schlüsse.

Zum Hintergrund:

Die EU-Kommission will den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in empfindlichen Gebieten untersagen. Neben den Natura 2000-Gebieten soll das Verbot auch landschaftliche Schutzgebiete einschließen. Diese machen in Deutschland rund ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus.

Eine solche Regelung würde bei uns also überproportional viele Betriebe treffen. Manche Landwirte würden schlicht ihrer Existenz beraubt, weil sie zu 100 Prozent in der Verbotszone liegen. Diesen neuen „Frontalangriff“ auf unsere Bäuerinnen und Bauern und die ländlichen Räume in Europa werden wir, die AgrarpolitikerInnen der CDU/ CSU-Gruppe im EP, uns nicht bieten lassen. Bei der Einrichtung dieser Schutzgebiete hatte man den Landwirtinnen und Landwirten immer wieder versichert, dass es keine Einschränkungen bei der Bewirtschaftung geben werde. Damit ist der Vorstoß der EU-Kommission ein massiver Vertrauensbruch. Glaubwürdige Politik geht anders, Herr Timmermans!

### Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen zur Lage der EU

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in dieser Plenarwoche ihre alljährliche, mit großer Spannung erwartete Rede zur Lage der Europäischen Union gehalten. Es ist gut, dass sie darin Signale, die Mut machen, gesendet hat. So hat sie beispielsweise ein Entlastungspaket für kleine und mittelständische Unternehmen, eine offensive Außenhandelsstrategie sowie ein Gesetz zur Absicherung der Rohstoffversorgung angekündigt. Abgeordnete von CDU und CSU wiesen in der folgenden Debatte darauf hin, dass die Pläne nun zügig angegangen werden müssten. Europas Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Landwirte stünden vor immensen Herausforderungen, hieß es. Sie bräuchten allerdings auch mehr Raum zum Atmen statt neue Auflagen, weshalb zusätzliche belastende Gesetzgebung zurückgestellt werden sollte.

Vor allem die Landwirtschaft soll nun entlastet werden, lautete die Forderung an die Kommissionspräsidentin. Denn die von der Kommission vorgesehene zusätzliche Regulierung von Pflanzenschutzmitteln wird letztendlich dazu führen, dass Europas Landwirte nicht mehr genug für die Ernährung des Kontinents produzieren können. Die Warnung ist klar: Europa muss bei der Lebensmittelversorgung unbedingt unabhängig bleiben. Zusätzliche Abhängigkeiten, wie sie der Kontinent im Bereich Energie derzeit schmerzhaft erfährt, müssen dringend vermieden werden. CDU und CSU haben die Kommission deshalb aufgefordert, die Vorschläge schnellstmöglich zurückzuziehen.

Sehen Sie hier den [Redebetrag](#) von Manfred Weber, unserem Fraktionsvorsitzenden der EVP, im Anschluss an die Rede zur Lage der EU.

Weitere Stimmen zur Rede zur Lage der Union:

**Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament:

„Ursula von der Leyen hat heute Signale gesendet, die Mut machen. Das angekündigte Entlastungspaket für kleine und mittelständische Unternehmen, die offensive Außenhandelsstrategie und das in Aussicht gestellte Gesetz zur Absicherung der Rohstoffversorgung sind Lichtpunkte, die zügig angegangen werden müssen. Europas Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Landwirte stehen vor immensen Herausforderungen. Sie brauchen mehr Raum zum Atmen statt neue Auflagen.“

Wir müssen deshalb weitere belastende Gesetzgebung zurückstellen. Dazu gehört z.B. die Richtlinie über Industrieemissionen, das Bodengesundheitsgesetz oder das Lieferkettengesetz mit seinen umfassenden Berichtspflichten. Und wir brauchen klare Prioritäten bei neuer Gesetzgebung. Zusätzliche Auflagen für Unternehmen und Landwirtschaft müssen in dieser dramatischen Krisenzeit unbedingt vermieden werden.

Es ist zu begrüßen, dass sich die Kommission der Forderung des Parlaments anschließt, einen Europäischen Konvent zur Überarbeitung der Verträge einzuberufen. Olaf Scholz ist nun gefordert, dies im Rat durchzusetzen. "

**Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Die Situation in Europa ist extrem angespannt. Immer mehr Betriebe müssen Insolvenz anmelden, vor allem kleine und mittelständische Unternehmen stellen die Produktion ein. Wir müssen jetzt schnell handeln. Die Vorschläge zur Regulierung der Strompreise sowie die Ankündigung einer Bank zur Finanzierung von Wasserstoff-Projekten sind grundsätzlich gut. Maßgeblich sollte jedoch sein, wie wir am schnellsten zu einer spürbaren Entlastung für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen kommen. Leben und Wirtschaften in der ganzen Europäischen Union muss bezahlbar bleiben. Entlastung statt Belastung ist das Gebot der Stunde.

Gerade unsere Landwirtschaft muss dringend entlastet werden. Es ist inakzeptabel, dass sich Europa ausgerechnet in Zeiten von Lebensmittelknappheit und explodierenden Preisen in weitere Abhängigkeiten begeben soll. Die von der Kommission vorgesehene zusätzliche Regulierung von Pflanzenschutzmitteln wird dazu führen, dass unsere Landwirte nicht mehr genug für die Ernährung des Kontinents produzieren können. Wer von Autonomie und Unabhängigkeit redet, darf dies nicht durch das eigene Handeln konterkarieren. Ich nehme wahr, dass man dies im Rat auch so sieht. Es wäre deshalb angebracht, dass die Kommission diese Vorschläge schnellstmöglich zurückzieht. "

## Energiepreisdeckelung und ein neues Strommarktdesign

Markus Pieper (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments erklärt:

"Der Vorschlag der EU-Kommission für eine Strom-Preisgrenze für Erneuerbare Energien und Kernkraft wäre eine wirksame Entlastung für private Stromkunden und Wirtschaft, muss aber ein zeitlich begrenztes Notfallinstrument bleiben. Dafür muss ein EU-einheitlicher transparenter Mechanismus geschaffen werden, der die fossilen Höchstpreise an den Börsen verursachten Zusatzeinnahmen der anderen Energieformen an die Stromverbraucher zurückgegeben kann. Nur die einheitliche Anwendung in allen EU-Ländern bewahrt die Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarkts, unterschiedliche Regeln würden dagegen Wettbewerbsverzerrungen und Unterbrechungen der Versorgungssicherheit bedeuten und dadurch nationale Regeln gegenseitig aushebeln. Bei der Sicherstellung einheitlicher Regeln bleibt die Kommission sehr vage.

Staatliche Gewinnbegrenzungen bedeuten einen massiven Eingriff die Energiemärkte. Es bedarf einer klaren zeitlichen Limitierung des Notfallinstruments, um die Anreize und Planungssicherheit zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Europa zu erhalten.

Die EU-Kommission muss deshalb jetzt ein neues Energiemarktdesign vorschlagen, das grundsätzlich neue Regeln zur Preisfindung vorsieht. Diese müssen viel stärker den spezifischen Situationen der Erneuerbaren Energien und der fossilen Energien gerecht werden. Festgelegte Ausgleichsmechanismen bei extremen Preisverzerrungen müssen dann als eine Komponente der Preisfindung Berücksichtigung finden. Bereits Ende nächster Woche muss das Energiemarktdesign Top-Thema für den Energieministerrat sein."

## Treffen der EU-Energieminister

Zum Treffen der EU-Energieminister in Brüssel erklärt Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Verbraucher und Unternehmen in Europa brauchen schnellstmöglich spürbare Entlastungen. Die Vorschläge der Kommission zeigen den Ernst der Lage. Die Energieminister müssen sich auf wirksame Maßnahmen einigen, für wochenlange Diskussionen zwischen den Mitgliedstaaten bleibt keine Zeit. Gewinnbeschränkungen für Strom aus anderen Bezugsquellen als Gas sowie die Sonderabgabe für Kohle, Gas und Öl sind massive Eingriffe in den Markt. Am schnellsten, effektivsten und unbürokratischsten kommen wir doch zu einem günstigeren Strompreis an der Börse, wenn im Merit Order-Verfahren der Bezug auf Gas ausgenommen wird. Dadurch würde der Gaspreis nicht mehr den Preis für alle Stromerzeugungstechnologien bestimmen. Diese Maßnahme hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Preisbildung im Energiemarkt, die weitaus schneller als andere Maßnahmen wirkt. Darauf sollten sich die Minister verständigen.

Entscheidend in dieser für viele Haushalte und Unternehmen existenziellen Krise ist zudem, dass gleichzeitig alle verfügbaren Kapazitäten genutzt werden. Jede Angebotssteigerung drückt den Preis. Insoweit muss von der Kommission eine klare Ansage an die Mitgliedstaaten kommen. Solidarität kann nur in Anspruch nehmen, wenn alle Mitgliedstaaten alles ihnen Mögliche und Machbare veranlassen, um ihre Quellen zu nutzen. Die Entscheidung der Bundesregierung, zwei Atomkraftwerke vorübergehend nur als "Einsatzreserve" bereitzuhalten, sind auch vor diesem Hintergrund wirklich grotesk."

## EU-Energie-Effizienz-Richtlinie

Das Europaparlament hat sich zur Neufassung der EU-Energie-Effizienz-Richtlinie positioniert. Dazu erklärt Christian Ehler (CDU), industrie- und energiepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Wie sinnvoll und notwendig es ist, Energie effizienter zu nutzen zeigt uns die aktuelle Krise nur zu gut. Eingesparte Energie ist die günstigste Energie.

Das Europaparlament hat sich heute für ein realistisches, aber dennoch ehrgeiziges Gesamtenergieeffizienzziel für die EU entschieden.

Mit dem Grundsatz "Energieeffizienz zuerst" wird den EU-Mitgliedstaaten die Flexibilität überlassen, wie sie dieses Ziel erreichen, um den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Auch Grundsätze wie Kosteneffizienz, Systemeffizienz und Versorgungssicherheit konnten wir integrieren.

Ich bin erleichtert, dass wir nun Flexibilität in der Formel zur Berechnung der nationalen Beiträge für die verbindlichen nationalen Ziele haben. Dies bedeutet, dass wir es den Mitgliedstaaten ermöglichen, nationale Faktoren zu berücksichtigen, die sich auf ihren Energieverbrauch auswirken. Wir haben zudem sichergestellt, dass die Mitgliedstaaten den gesamten Lebenszyklus und die absehbaren Entwicklungen, die System- und Kosteneffizienz und die Versorgungssicherheit berücksichtigen müssen.

Ein Wehrmutstropfen ist die verpflichtende 3-prozentige Sanierungsquote für öffentliche Gebäude, da damit dem schon laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie vorgegriffen wird. Wir dürfen hier die aktuellen Belastungen der Kommunen nicht aus dem Blick verlieren."

## 'Grenzlandmilliarde' hat Hürde genommen

Das Plenum hat zusätzliche EU-Mittel für Grenzregionen eingefordert. Christian Doleschal (CSU), regionalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter der EVP-Fraktion für den entsprechenden Bericht "Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration", erklärt:

„Der jahrelange Einsatz für die Grenzregionen hat sich gelohnt. Die gemeinsame Forderung von Manfred Weber und mir nach zusätzlichen EU-Mitteln für Grenzregionen ist heute angenommen worden. Damit ist die sogenannte 'Grenzlandmilliarde' jetzt offizielle Parlamentsposition. Der Ausgleich struktureller Nachteile und eine solide Finanzausstattung in den Grenzregionen haben für mich als Europaabgeordneten für die Oberpfalz und Bayern oberste Priorität.

Zeitweise Grenzsicherungen und Reiseverbote während der Pandemie haben in den Grenzregionen schwerwiegende wirtschaftliche Schäden angerichtet. Pendler konnten ihre Berufe nicht ausüben und grenznahe Familien- und Kleinunternehmen mussten schließen. Die 'Grenzlandmilliarde' setzt genau dort an und soll in Zukunft dafür sorgen, dass zu Beginn jeder EU-Haushaltsperiode eine Milliarde Euro vor der Verteilung der EU-Strukturgelder auf die einzelnen Mitgliedstaaten speziell für Grenzregionen reserviert werden soll.

Die zusätzlichen Mittel sollen auf möglichst unproblematische Weise von den Organisationen in der EU, die unmittelbaren Einsatz bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zeigen, verwaltet und verteilt werden. Darum fordere ich, dass die Europäischen Verbände für die Territoriale Zusammenarbeit diese zusätzlichen Mittel nutzen dürfen und vermehrt als Verwaltungsbehörde für die INTERREG-Programme eingesetzt werden. Diese grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaften sollen auch vermehrt als alleinige Begünstigte des Kleinprojektfonds über die Vergabe von Projekten entscheiden. All diese Maßnahmen sind zentral für den Zusammenhalt in den Grenzregionen - und damit für ein starkes und geeintes Europa.“

Hintergrund:

Der Bericht mit dem Titel „Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration“ ist Bilanz und zugleich Wegweiser: Er zeigt auf, welche Maßnahmen und Ziele der EU-Kohäsionspolitik in den vergangenen Jahren erfolgreich waren, und wo noch Verbesserungsbedarf herrscht. In dem Bericht enthaltene Forderungen und Schlussfolgerungen geben Impulse für die nächste EU-Haushaltsperiode. Diese Forderungen müssen, bevor sie rechtliche Auswirkungen haben, im Rahmen der Erstellung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens der EU bestätigt werden.

## Mehr Cyber-Sicherheit bei Fernsehgeräten und Co.

Die EU-Kommission hat heute ihre Cyber-Resilienz-Verordnung vorgestellt. Dazu erklärt Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Ob Fernseher, Kühlschränke, Staubsauger oder Spielzeug: zahlreiche Alltagsgegenstände sind heute mit dem Internet verbunden. Mehr Digitalisierung bedeutet auch steigende

Anforderungen an die Cybersicherheit. Niemand möchte erleben, dass der eigene Fernseher oder smartere Lautsprecher gehackt wird und als Spionagegerät im eigenen Wohn- oder Schlafzimmer missbraucht wird.

Die größte Sicherheitslücke ist oft veraltete Software. Für die meisten vernetzten Produkte fehlen bislang gesetzliche Anforderungen, die Software kontinuierlich zu aktualisieren.

Deshalb ist es sinnvoll, Hersteller vernetzter Geräte zu verpflichten, Sicherheitslücken systematisch zu erfassen und durch verpflichtende Updates zu beheben. Die EU-Kommission kommt mit diesem Vorschlag einer Forderung des Europäischen Parlaments nach. Die Nutzerinnen und Nutzer "smarter" Geräte werden von diesem Gesetz profitieren."

## Entwaldungsfreie Lieferketten

Der Europäische Parlament hat den Verordnungsentwurf für entwaldungsfreie Lieferketten abgestimmt. Hierzu erklärt Hildegard Bentele (CDU), Mitglied im Umweltausschuss:

"Die EU ist für rund 10 Prozent der globalen Entwaldung verantwortlich und diesen Anteil müssen wir dringend reduzieren. Unternehmen werden mehr Verantwortung übernehmen müssen. Die Existenz systemrelevanter grüner Lungen und Biodiversität steht auf dem Spiel. Hierfür werfen wir die Macht von 450 Millionen Konsumenten in der EU in die Waagschale: In Zukunft sollen die Produkte, die maßgeblich zur Entwaldung beitragen, wie Kaffee, Kakao, Rinder und Soja, nur noch unter bestimmten Bedingungen auf den Binnenmarkt kommen. So muss etwa nachgewiesen werden, dass die Rohstoffe nicht von Flächen stammen, die für ihren Anbau abgeholzt wurden. Als Stichtag gilt hierfür der 31.12.2019.

Das neue Regelwerk wird vor Ort durch die Anwendung von Geolokalisation und die Risiko-Klassifizierung von Ländern umgesetzt. Wichtig ist, dass die neuen Regeln umsetzbar sind und Rechtssicherheit sowie Transparenz garantieren.

Kritisch sehen wir, dass nicht von Anfang an auf Kohärenz bei den Berichtspflichten geachtet wird, auch Finanzinstitute unter den Anwendungsbereich fallen und nicht auf bewährte Zertifizierungssysteme aufgebaut werden soll."

## Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit

Die EU-Kommission hat diese Woche vorgeschlagen, Produkte aus Zwangsarbeit europaweit zu verbieten. Die Mitgliedsstaaten sollen entsprechende Produkte vom Markt nehmen dürfen, wenn es bewiesen ist, dass diese unter Zwang hergestellt wurden. Für CDU und CSU ist dies ein richtiger Schritt. Er wird dazu führen, Herstellungsbedingungen für die Verbraucher transparenter zu machen und nimmt Produkten einen wichtigen Markt.

Wichtig wird es nun, dass der sinnvolle Vorschlag im parlamentarischen Verfahren nicht unnötig überladen wird. Es wäre falsch, die Verantwortung ausschließlich bei den Unternehmen abzuladen, wie es Grüne und Linke fordern. Die Beweislast muss stattdessen bei den nationalen Behörden liegen, wie es auch die EU-Kommission vorgeschlagen hat. Eine Umkehr der Beweislast, wäre von den Unternehmen nicht zu leisten. Gerade in diesen Krisenzeiten darf der Mittelstand nicht zusätzlich belastet werden. Und auch für kleine Betriebe müssen Ausnahmen gelten. CDU und CSU werden sich dafür einsetzen, dass das endgültige Gesetz seinen sinnvollen Zweck erfüllt aber keine zusätzlichen Belastungen für europäische Unternehmen schafft.



## Neues Europäisches Bauhaus

„Der Grundgedanke stimmt: Das neue Europäische Bauhaus will Wissenschaft, Technologie, Architektur, Handwerk und Kunst zusammenbringen, um unser wirtschaftliches Ökosystem auf allen Ebenen - von Städten, ländlichen Gebieten, Gebäuden und Grünflächen bis hin zu Mobiliar, Materialien, Industrie und kreativem Umfeld - neu zu denken.

Damit dieses ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Projekt gelingt, braucht es ein angemessen finanziertes Programm mit einer gesonderten Haushaltlinie. Nur so kann aus dem Konzept eine langfristige Initiative werden. Wenn wir diese Initiative erfolgreich und nachhaltig gestalten wollen, benötigen wir eine größere Sichtbarkeit durch mehr Öffentlichkeitsarbeit sowie eine spezielle Plattform für Bürgerinnen und Bürger und lokale Gebietskörperschaften, damit diese das neue Europäische Bauhaus angemessen mitgestalten können.“

### Hintergrund:

Das neue Europäische Bauhaus ist ein ökologisches, wirtschaftliches und kulturelles Projekt, mit dem Design, Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Investitionen kombiniert werden sollen, um einen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals zu leisten.

## Sacharow-Preis soll an Ukrainerinnen und Ukrainer gehen

Die EVP-Fraktion hat heute das ukrainische Volk und ihren Präsidenten Wolodymyr Selenskyj für den vom Europäischen Parlament vergebenen Sacharow-Preis für geistige Freiheit nominiert. Dazu erklärt Michael Gahler (CDU), außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Das ukrainische Volk, angeführt von ihrem Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, verteidigt seit dem 24. Februar jeden Tag nicht nur die ukrainische Heimat, sondern unsere gemeinsamen europäischen Werte und damit auch die geistige Freiheit. Die Menschen in der Ukraine wären würdige Preisträger des Sacharow-Preises. Wir hoffen sehr, dass sich die anderen Fraktionen des Europäischen Parlaments unserer Nominierung anschließen werden.“

### Hintergrund:

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird seit 1988 jährlich vom Europäischen Parlament an Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen verliehen, die einen herausragenden Beitrag zum Schutz der geistigen Freiheit geleistet haben. Zu den bisherigen Preisträgern zählen unter anderem Nelson Mandela, Kofi Annan und die Vereinten Nationen, Reporter ohne Grenzen und die russische Menschenrechtsorganisation Memorial. 2020 wurde die belarussische Opposition ausgezeichnet, 2021 der russische Regimekritiker Alexej Nawalny.

## EU-Solidarität mit der Ukraine

Am Unabhängigkeitstag der Ukraine bekräftigten EU-Außenbeauftragter Josep Borrell und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass die EU weiterhin an der Seite der Ukraine stehen werde. Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges wurden sieben Sanktionspakete verabschiedet. Diese stellten zum ersten Mal militärische Unterstützung für ein angegriffenes Land zur Verfügung und koordinierten 60.000 Tonnen lebensrettender

Hilfsgüter aus 30 Ländern. Breits am 23.06.2022 hatte die Ukraine den Beitrittskandidatenstatus erhalten.

## EU-einheitliche Mindestlohnstandards

Das Plenum hat einem einheitlichen Rahmen für Mindestlöhne in der EU zugestimmt. Der Kompromiss beinhaltet keine einheitliche Lohn-Höhe, jedoch gemeinsame Standards dafür fest, wie gesetzliche Mindestlöhne festgelegt werden können. Darüber hinaus sollen die Mitgliedstaaten Aktionspläne festlegen, um die Tarifbindung zu steigern, wenn deren Quote unter 80 Prozent liegt.

Das neue Gesetz bedeutet eine Stärkung von Arbeitnehmerrechten auf dem Weg zu einer faireren und gerechteren Entlohnung. Für CDU und CSU ist klar, dass Europa funktionierende und starke Sozialpartnerschaften braucht. Mit dem jetzigen Gesetz sind die Rahmenbedingungen dafür geschaffen. Tarifverträge sind der beste Weg, um zu fairen und gerechten Löhnen zu kommen.

Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, die Vorgaben umzusetzen.

## "Game over" für unfaire Geschäftspraktiken!"

Zum Urteil des Europäischen Gerichts im Google Android Fall erklärt Andreas Schwab (CDU), binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter zum Digital Markets Act:

"Obwohl dieses Urteil viele Jahre zu spät kommt, begrüße ich die Entscheidung des Gerichts. Es bestätigt die Notwendigkeit, solche marktschädigenden Praktiken im Digitalen Raum durch spezifische Vorabverpflichtungen zu verbieten. Dies wurde bereits vor fast einem Jahr durch das Google Shopping Urteil bestätigt. Heute wird auch der Digital Markets Act (DMA) offiziell unterzeichnet. Mit den Entscheidungen zu Google Shopping und Android sowie dem DMA können wir darum definitiv sagen: "Game over" für unfaire Geschäftspraktiken!"

Hintergrund:

Das Gericht hat am Mittwoch den Beschluss der Kommission nach Artikel 102 AEUV über die missbräuchlichen Kopplungspraktiken von Google beim Android-Betriebssystem bestätigt. Diese verbotenen Praktiken zielten bewusst darauf ab, Wettbewerber auszuschließen und sicherzustellen, dass die Produkte von Google auf allen Geräten mit dem Google-Betriebssystem Android vertreten sind.

Im Jahr 2018 verhängte die Europäische Kommission eine Geldbuße gegen Google in Höhe von 4,3 Milliarden Euro wegen Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung. Die Kommission stellte insbesondere fest, dass Google gegen die Wettbewerbsvorschriften verstoßen hat, indem es:

1. von Herstellern die Vorinstallation der Google-Suche-App und der Browser-App (Chrome) als Bedingung für die Lizenzierung von Googles App-Store (dem Play Store) verlangte;
2. Zahlungen an bestimmte große Hersteller und Mobilfunknetzbetreiber unter der Bedingung geleistet hat, dass diese ausschließlich die Google-Suche-App auf ihren Geräten vorinstallieren;

3. Hersteller, die Google-Apps vorinstallieren wollen, daran gehindert hat, andere intelligente Mobilgeräte zu verkaufen, falls diese auf einer nicht von Google genehmigten Android-Version basierten.

## Liz Truss neue Regierungschefin Großbritanniens

David McAllister (CDU), Co-Vorsitzender der Kontaktgruppe des Europaparlaments zum Vereinigten Königreich und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Frau Truss übernimmt die politische Führung des Vereinigten Königreichs in einer kritischen Phase. Die finanziellen und wirtschaftlichen Herausforderungen sind groß. Entscheidend ist, dass das Vereinigte Königreich jetzt eine stabile Regierung bekommt.

Die Europäische Union baut auf eine vertrauensvolle und positive Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte und ausgehandelten Abkommen. Als Außenministerin hat Frau Truss federführend das „Northern Ireland Protocol Bill“ auf den Weg gebracht, wodurch Teile des Protokolls zu Irland und Nordirland außer Kraft gesetzt werden könnten. Dieser einseitige Schritt ist und bleibt zutiefst bedauerlich. Die neue Regierung sollte zu Gesprächen über die vollständige Umsetzung des Protokolls bereit sein. Die Europäische Union wird weiterhin konstruktiv daran arbeiten, pragmatische und flexible Lösungen innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens zu finden. Gleichzeitig werden wir unsere eigenen Interessen schützen und die Integrität des Binnenmarktes wahren.“

## Mein Mittelfranken

### Geniale Forschung in Rednitzhembach

In Rednitzhembach habe ich den Versuchsstand des Technikums besucht und mich dort über das Forschungsprojekt zu Grünfassaden und Photovoltaik der Technischen Hochschule Nürnberg informiert. Hochinteressant!

Erfahren Sie [hier](#) mehr über das Projekt und meinen Besuch.

### Im Dienst für die Menschen

Gemeinsam mit der Frauen Union Nürnberger Land habe ich das Diakonische Werk Nürnberger Land/ Neumarkt besucht. Wir haben uns bei der geschäftsführenden Vorständin, Elke Kaufmann, über die Arbeit der Diakonie informiert und über aktuelle Herausforderungen für die Wohlfahrtsverbände gesprochen.

Weitere Infos dazu finden Sie [hier](#).

## Herzensangelegenheiten

### „Abenteuerliche Studien sind Schläge ins Gesicht unserer Landwirtinnen und Landwirte!“

Die neueste von Greenpeace in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Entschluss, dass eine Reduzierung um 75 Prozent des Tierbestandes automatisch zu einer gesunden Ernährung der Deutschen führen würde. Diese Aussage ist durchschaubar, polemisch, einfach unseriös und einseitig.

Meinem Ärger über diese und ähnlich ideologische Studien mache ich in einer [Pressemeldung](#) Luft.

## Lesenswert

### Tigray-Konflikt: EU unterstützt mit den USA den politischen Friedensprozess

Die EU-Sonderbeauftragte für das Horn von Afrika, Annette Weber, und ihr US-Gegenpart, Mike Hammer trafen sich mit Vertretern der äthiopischen Regierung. Im Mittelpunkt stand die Aufnahme eines politischen Dialogs zwischen den Konfliktparteien unter der Leitung der Afrikanischen Union. Die Europäische Union und die USA fordern, eine Zusammenarbeit mit der Internationalen Expertenkommission für Menschenrechte. Ebenfalls wird ein Zugang zu den Konfliktgebieten, um eine unabhängige Untersuchung durchzuführen, gefordert. Die EU stellt Äthiopien für den Haushaltszeitraum 2021-2027 Entwicklungshilfe in Höhe von 1 Mrd. EUR bereit. Die Budget Hilfen wurden seit 2022 ausgesetzt, die Unterstützung bedürftiger Gruppen jedoch nicht, was vor allem den Bereich der Bildung oder Gesundheit betrifft. Die weitere Unterstützung sei so abhängig von konkreten Maßnahmen der äthiopischen Regierung so EU-Außenbeauftragter Borrell. Dazu zählen ein Waffenstillstand, die Verbesserung des humanitären Zuganges, Wiederaufnahme grundlegender Dienstleistungen, sowie die Rechenschaftspflicht für Menschenrechte.

### EU-Außenbeauftragter Borrell in Kambodscha bei EU-ASEAN-Ministertreffen

Josep Borrell führte bilaterale Gespräche u.a. mit dem kambodschanischen Ministerpräsidenten Hun Sen. Am 4. August nahm er an dem jährlich stattfindenden Ministertreffen zwischen der EU und dem Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN) teil. Während dieses Treffens wurde ein neuer Aktionsplan verabschiedet, welcher die Zusammenarbeit in Ernährung, Landwirtschaft, Sicherheit, Wirtschaft und Forschung intensivieren soll. Des Weiteren waren die Russische Aggression gegen die Ukraine, die instabile Lage in Myanmar, die Spannungen im Südchinesischen Meer sowie die nukleare Provokation Nordkoreas Teil der Gesprächsthemen. Borrell betont hierbei die wichtige Rolle Asiens für Frieden und Sicherheit.

## EU-Vermittlungserfolg: Serbien und Kosovo einigen sich auf Einreise-Kompromiss

Nach wiederholten Vermittlungsversuchen der EU erzielen Serbien und der Kosovo einen Kompromiss im Streit über die gegenseitigen Einreiseregulungen. Belgrad erkennt somit an, dass kosovarische Ausweispapiere keine zusätzlichen Einreisedokumente benötigen. Der Kosovo hingegen erschwert nicht weiter die Einreise von serbischen Staatsbürgern. Kosovo-Serben können somit frei zwischen beiden Ländern hin und herreisen. Trotz dieser europäischen Lösung bleibt beispielsweise die Frage der Kennzeichenregelung ungelöst.

## EU stellt 261-Millionen- Euro-Hilfe für palästinensische Flüchtlinge bereit

Am 9. August 2022 gab die EU bekannt, bis zum Jahr 2024 insgesamt 261 Mio. EUR für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) bereitzustellen. Diese sind aufgeteilt in 246 Mio. Euro für die UNRWA-Finanzierung und 15 Mio. Euro aus der Nahrungsmittel- und Resilienzfazilität. Borrell zeigt sich entschlossen, das Hilfswerk weiter zu unterstützen, da es ein Schlüsselement der europäischen Strategie zur Förderung von Stabilität und Sicherheit in der Region darstellt.

---

### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)

[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart, Maximilian Schäble

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.